



A u s s c h u s s g e m e i n s c h a f t

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Kurt Gribl
Rathausplatz 1
86150 Augsburg

Augsburg, 15.01.2016

Hiermit stellen wir für die Stadtratssitzung am 28.01.2016 folgenden **Antrag**:

Die Entscheidung für die Sanierung des Augsburger Stadttheaters auf der Grundlage des Grundsatzbeschluss BSV/15/03306 vom 29.07.2015 und der geplanten Kreditfinanzierung über 70 Millionen Euro bis zum Jahr 2039 (Finanzmatrix vom 06.10.2015) wird über ein Ratsbegehren zur Entscheidung gebracht. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Formulierung für die Fragestellung auszuarbeiten

Begründung:

Die Sanierung des Augsburger Stadttheaters hat in der geplanten Form ein finanzielles Ausmaß, welches trotz einer staatlichen Förderung von ca. 105 Mio. Euro den Haushalt der Stadt Augsburg bis zum Jahr 2039 mit jährlich mindestens 3,85 Mio. Euro ohne Zinsen belastet. In diesem Rahmen müssen die Bürger der Stadt über Jahrzehnte Einschränkungen bei anderen wichtigen Aufgaben hinnehmen wie z.B. Schulsanierungen, sozialer Wohnungsbau, Kindergartenplätze, Römisches Museum usw.

In den bisher geplanten und längst nicht sicher kalkulierten Gesamtkosten von ca. 197 Mio. Euro sind weder die Sanierung der Freilichtbühne enthalten noch der Bau einer Interimsspielstätte auf dem Gaswerkgelände in Oberhausen für einen 2-stelligen Millionenbetrag, den die Stadtwerke Augsburg finanzieren sollen.

Darüber hinaus beinhaltet das Planungskonzept den Abriss der Brechtbühne, die erst vor 3 Jahren für knapp 6 Mio. Euro errichtet wurde und in dessen Folge Fördermittel an den Freistaat zurückgezahlt werden müssen.

Aus Sicht unserer Ausschussgemeinschaft ist weder ein Oberbürgermeister noch ein Stadtrat legitimiert, Entscheidungen mit einer solchen finanziellen Tragweite zu treffen, die über vier Legislaturperioden hinweg, den Gestaltungsrahmen von noch zu wählenden Stadtratsgremien und damit auch die Wahlmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger erheblich einschränken wird.

Zwangsläufig erzwingt eine solche Finanzpolitik auch Steuererhöhungen wie sie bei der Grund- und Gewerbesteuer nun geplant sind oder lässt andere Probleme ungelöst, wie z.B. im Sozialen, bei Bildung, Kultur und Umwelt. Den Bürgern muss klar sein, dass letztlich sie die Kosten zu schultern haben bzw. mit nicht gelösten Problemen leben müssen.

Daher müssen auch die Bürger darüber entscheiden können, ob sie dies möchten!

Volker Schafitel

Regina Stuber-Schneider

Christian Pettinger

Alexander Süßmair

Otto Hutter

Oliver Nowak